

INFORMATIONEN

22. GEN. 1977

zur Wirtschaftsentwicklung und Lage der Arbeiterklasse

Herausgeber: Institut für Marxistische Studien
und Forschungen (IMSF)
Erscheint in der NACHRICHTEN-Verlags-
GmbH, Frankfurt/Main

Nr. 3/1977 – September

1. Gesamtwirtschaftliche Entwicklung

Seit dem kurzen Aufschwung der Produktion im ersten Halbjahr 1976 dauert die schleppende und schwankende Entwicklung der Konjunktur mit geringer Aufwärtstendenz inzwischen mehr als ein Jahr an. Dabei gewinnen Stagnations-tendenzen zunehmend die Überhand.

Wie labil die Situation ist, das zeigt auch die Tatsache, daß die Bundesregierung gezwungen ist, sich Gedanken über zusätzliche konjunkturpolitische Maßnahmen zu machen, die die Gesamtnachfrage stützen. Doch abgesehen davon, daß die Überlegungen gegenwärtig – in der zweiten Augusthälfte – noch zu keinem greifbaren Ergebnis gekommen sind, darf auch jetzt mit dem längst überfälligen Konjunkturimpuls seitens des Staates nicht gerechnet werden.

Die Diskussion über eine Steuerentlastung für Arbeiter und Angestellte hat eher den Zweck, die Unternehmer von Lohnkosten zu entlasten, deren Gewinne zu erhöhen und die Gewerkschaften zu einer Reduktion ihrer Forderungen zu veranlassen. Auch die diskutierten zusätzlichen öffentlichen Ausgaben halten sich in einem engen Rahmen. Zudem mußte schon in der Vergangenheit zu oft die Erfahrung gemacht werden, daß Zusatzausgaben an einer Stelle ein willkommener Anlaß zu Einsparungen an anderen Stellen – meist bei den finanzschwachen Gemeinden – gewesen sind. Gleichzeitig sind aber auch weitere Maßnahmen zur direkten Gewinnförderung im Gespräch: darunter Abschreibungserleichterungen und Steuernsenkungen für die Unternehmen.

Trotz scheinbar lebhafter konjunkturpolitischer Diskussionen hat sich die Richtung der Wirtschaftspolitik offensichtlich nicht geändert. Nach wie vor setzt die Bundesregierung wesentlich auf die „Selbstheilungskräfte des Marktes“, denen sie durch kräftige Finanzspritzen an die Konzerne auf die Beine helfen will.

Die praktischen Erfahrungen mit der Unwirksamkeit solcher Maßnahmen können sie von

diesem Kurs ebensowenig abbringen wie die aktuellen Analysen der konjunkturellen Situation. Diese zeigen nämlich ganz klar, daß die private Nachfrage der wichtigste konjunkturelle Engpaß ist. Alle anderen Bedingungen für eine expansive Investitionstätigkeit und damit einen wirtschaftlichen Aufschwung im Kapitalismus sind gegeben: die Kreditzinsen sind niedrig wie selten, Kredite sind reichlich vorhanden, die aktuelle Gewinnlage ist so günstig wie seit Jahren nicht mehr. Bei einem hohen Exportüberschuß und noch immer expandierendem Auslandsabsatz sind die Rohstoffkosten infolge der DM-Aufwertung in der letzten Zeit kaum gestiegen.

Alle diese günstigen Faktoren aber können die Unternehmen zu keinen Erweiterungsinvestitionen veranlassen, weil die Auslastung der vorhandenen Kapazitäten nicht nur insgesamt niedrig ist, sondern im vergangenen halben Jahr sogar wieder rückläufig war. Eine Verbesserung der Kapazitätsauslastung, von der allein ein positiver Impuls auf die Erweiterungsinvestitionen ausgehen kann, ist aber nur von einer kräftigen Erhöhung der Endnachfrage zu erwarten.

Ganz offensichtlich würde zwar auch durch eine erneute konjunkturelle Belebung die aktuelle Situation auf dem Arbeitsmarkt nicht grundlegend geändert werden können. Dazu bedarf es auch gesonderter beschäftigungspolitischer Maßnahmen. Zumindest aber würde der anhaltende Prozeß der Verschlechterung gestoppt werden können, der seit Jahresbeginn festzu stellen ist. Gegenwärtig liegt das Niveau der Arbeitslosigkeit deutlich über dem Vorjahresstand. Berücksichtigt man die verdeckte Unterbeschäftigung und die Abwanderung von ausländischen Arbeitern, dann dürfte sie sogar über dem Niveau der Krise von 1975 liegen. Diese Tendenz wird sich bei einem Andauern der konjunkturellen Schwäche noch verschärfen. Da inzwischen auch in der Automobilindustrie, einer wichtigen konjunkturstützenden Branche, die Expansionskräfte nachlassen, ist eine solche Entwicklung für die absehbare Zukunft nicht auszuschließen.

INHALT:

1 Gesamtwirtschaftliche Entwicklung

- 1.1 Die kapitalistische Weltwirtschaft im Sommer 1977
- 1.2 Sozialprodukt
- 1.3 Produktion
- 1.4 Investitionen
- 1.5 Außenhandel
- 1.6 Staatshaushalt

2 Unternehmergevinne und Konzentration

- 2.1 Unternehmergevinne
- 2.2 Konzentration

3 Lage der Arbeiterklasse

- 3.1 Löhne und Gehälter
- 3.2 Steuern
- 3.3 Renten
- 3.4 Preise
- 3.5 Kämpfe der Arbeiterklasse
- 3.6 Arbeitslosigkeit

1.1 Die kapitalistische Weltwirtschaft im Sommer 1977*

* Dieser Abschnitt wurde von Walter Michel verfaßt.

Im allgemeinen sind die Perspektiven für die Entwicklung der kapitalistischen Weltwirtschaft auf kurze und mittlere Sicht alles andere als rosig. In der Gesamtheit der größten kapitalistischen Länder wird sich das Expansionstempo des Bruttonsozialprodukts zu konstanten Preisen von 5,6 Prozent 1976 auf etwa 4 Prozent 1977 verlangsamen. Nur für die USA und Japan wird für die nächsten zwölf Monate ein höheres Wachstum vorausgesagt; es muß allerdings berücksichtigt werden, daß in Japan noch vor einigen Jahren eine Zuwachsrate von 6 Prozent als Rezessionsrate galt, da die japanische Wirtschaft über einen Zeitraum von fast 20 Jahren mit einem durchschnittlichen Rhythmus von 10 Prozent expandierte. Die Wachstumsverlangsamung ist grundsätzlich auf die relativ niedrige Investitionsneigung zurückzuführen, die ihrerseits auf der unsicheren Entwicklung der Gesamtnachfrage beruht. In fast allen entwickelten kapitalistischen Ländern werden die realen Bruttoanlageinvestitionen 1977 um 5 bis 10 Prozent unter dem 1973 erreichten Niveau liegen.

Die Konjunkturabschwächung zeigt sich auch an der Entwicklung der Industrieproduktion, die für die Gesamtheit der größten kapitalistischen Länder nach dem 1975 erfolgten 8prozentigen Rückgang 1976 um 9 Prozent gestiegen war, um dann 1977 eine fortschreitende Verringerung des Expansionstempo aufzuweisen: 5,3 Prozent im 1. Quartal und etwa 4 Prozent im 2. Die Erhöhung der Zuwachsrate in den USA ist auch darauf zurückzuführen, daß die in den ersten Monaten des Jahres infolge der außergewöhnlichen Kältewelle erlittenen Einbußen wettgemacht wurden. Das Nachlassen der Produktionstätigkeit ist in Japan, der BRD, Frankreich und Italien besonders stark ausgeprägt.

Veränderung der Industrieproduktion 1975 bis 1977 gegenüber dem Vorjahr in Prozent

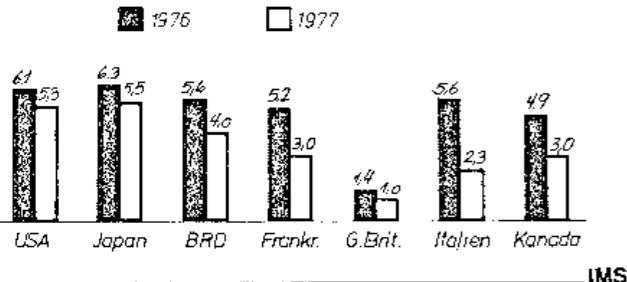
	1975	1976	1977 ¹
	Jahr	3. Vj.	4. Vj.
USA	- 8,9	+10,2	+ 8,4
Japan	-10,6	+13,5	+13,3
BRD	- 6,2	+ 6,9	+ 8,5
Frankreich	- 6,6	+ 8,8	+11,5
Großbritannien	4,6	+ 1,0	+ 3,2
Italien	- 8,8	+11,6	+14,5
Kanada	4,6	- 4,6	-11,0

¹ Saisonbereinigte Angaben für Vierteljahre

² Vorläufige Zahlen

(Quelle: OECD, „Main Economic Indicators“, August 1977)

Reales Bruttonsozialprodukt '76-'77 Veränderung gegenüber Vorjahr in Prozent



Obwohl der Wirtschaftsaufschwung bereits seit zwei Jahren anhält, bleibt die Arbeitslosenzahl auf dem Rezessionsniveau von 1975, wie aus der Tabelle hervorgeht. Das Ausmaß der Arbeitslosigkeit stört den ansonsten ruhigen Schlaf der bürgerlichen Ökonomen, die zur Rechtfertigung dieses Phänomens die brüchigsten Theorien wieder ausgraben und die hanebüchensten Hypothesen aufstellen.

Im letzten Monatsbericht der New York Citybank heißt es, daß das Problem der Arbeitslosigkeit nicht dramatisiert zu werden braucht, da in

Arbeitslosigkeit 1975 bis 1977 in 1000 in den größten kapitalistischen Ländern

	1975	1976	1977 ¹
	Jahr	3. Vj.	4. Vj.
USA	7 838	7 288	7 457
Japan ²	2 000	2 160	2 200
BRD	1 074	1 060	1 042
Frankreich	840	933	951
Großbritannien	929	1 290	1 305
Italien ³	1 250	1 400	1 450
Kanada	697	736	752
Zusammen	14 620	14 867	15 157
			15 165
			14 722
			14 685

¹ Saisonbereinigte Angaben für Vierteljahre

² Vorläufige Zahlen

³ Eigene Berechnungen nach der Feststellung des japanischen Arbeitsministeriums, daß die registrierten Arbeitslosen nur die Hälfte der tatsächlichen Arbeitslosen darstellen

⁴ Eigene Berechnungen, wobei davon ausgegangen wird, daß die Zahl der Arbeitslosen doppelt so hoch ist wie die unter Zugrundielegung der alten Methode ermittelte Arbeitslosigkeit, wie mit der neuen Erhebungsmethode für Januar 1977 im Vergleich zu Oktober 1976 festgestellt wurde

(Quelle: OECD, „Main Economic Indicators“, August 1977)

den USA durchgeführte Untersuchungen erwiesen haben, daß es eine „natürliche Arbeitslosenquote“ gibt, die nicht unterschritten werden kann. Diese natürliche Arbeitslosenquote lag bei 4 bis 5 Prozent in den fünfziger und frühen sechziger Jahren; sie stieg auf 5 bis 5,5 Prozent Ende der sechziger, Anfang der siebziger Jahre und sollte jetzt 5,5 bis 6 Prozent betragen. Folglich dürften die Arbeitslosen, die gegenwärtig zu dieser Quote gehören, nicht das kapitalistische System dafür verantwortlich machen, das unfähig ist, allen das Recht auf Arbeit zu sichern, weil ihr Schicksal ein „natürliches“ Phänomen ist.

In den einzelnen kapitalistischen Ländern betonen die Sprecher des Großkapitals, daß die hohe Arbeitslosenzahl auf das nicht solidarische Verhalten der Beschäftigten zurückzuführen sei: einige behaupten, daß das reale Lohnniveau zu hoch sei, andere weisen auf die Zunahme der Arbeitskosten hin, wieder andere predigen, daß die Arbeitslosigkeit nur abgebaut werden könne, wenn die Beschäftigten in Kauf nehmen, daß der Anstieg der Reallohn mehrere Jahre lang unter der Rate des Produktivitätzuwachses bleibt. Die These ist an sich nicht ganz neu: Ende der zwanziger Jahre vertrat der englische Nationalökonom Pigou die Ansicht, daß die unerwartete Zunahme der Arbeitslosigkeit in Großbritannien nach dem Ersten Weltkrieg einem neuen Faktor zuzuschreiben sei, nämlich der Tatsache, daß „die Lohnrate im Verhältnis zum Arbeitsplatzangebot zu hoch getrieben worden war“ (vgl. „Economic Journal“ vom September 1927). Auf theoretischer Ebene wies schon Keynes Ende 1935 die Unhaltbarkeit dieser These nach, indem er bewies, daß die Arbeitslosigkeit nicht vom Lohnniveau, sondern von der Höhe der zahlungsfähigen Nachfrage abhängt.

Es mag interessant sein, einen Blick auf die untenstehende Tabelle zu werfen, in der die Entwicklung der Arbeitskosten (Lohnstückkosten) der Beschäftigung in der Industrie zwischen 1973 und 1976 in den entwickelten kapitalistischen Ländern gegenübergestellt ist. Aus der Tabelle geht hervor, daß, wenn es überhaupt einen Zusammenhang zwischen den beiden Variablen gibt, eine Korrelation besteht, die genau umgekehrt ist, wie von den Sprechern des Großkapitals behauptet wird. Im allgemeinen sind die Länder, die den höchsten Zuwachs der Arbeitskosten erlebten, auch die Länder, in denen die Beschäftigung entweder zugenommen hat oder nur geringfügig zurückgegangen ist (das gilt insbesondere für Italien, Schweden, Frankreich und Kanada); zu dem umgekehrten Phänomen ist es in der Schweiz und in der BRD gekommen. Ähnlich läßt sich im Hinblick auf die Verteilung der Reallohn argumentieren: in den Ländern wie Italien, Frankreich und Kanada, wo die Reallohn im genannten Zeitraum um über 10 Prozent gestiegen sind, ist die Beschäftigungsrate besser als in den Ländern, in denen die Reallohn entweder abgenommen haben (USA und Schweiz) oder nur geringfügig gestiegen sind (BRD).

Die Verlangsamung der Verteuerung der Lebenshaltungskosten ist im ersten Halbjahr 1977 zum Stillstand gekommen; in einigen Ländern wie USA, Großbritannien und Kanada mehren sich die Zeichen, die auf eine erneute Beschleunigung der Inflation hindeuten. Es ist schwierig, sichere Prognosen hinsichtlich der zukünftigen Entwicklung der Preise aufzustellen, auch weil die Rohstoff-Quotierungen auf dem Weltmarkt,

die von Dezember 1975 bis April 1977 ununterbrochen gestiegen waren (etwa 30 Prozent), von April bis Juli um etwa 10 Prozent zurückgegangen sind. Die gegenwärtige Baisse betrifft insbesondere die Nahrungsmittelpreise, infolge der erwarteten guten Ernte.

Entwicklung der Lohnstückkosten und der Beschäftigten in der Industrie in den hochentwickelten kapitalistischen Ländern

	Lohnstückkosten		Beschäftigte Veränderung in % 1976 gegen 1973	Rang
	Rang	Veränderung in % 1976 gegen 1973		
Italien	1	+80,2	+ 4,5	1
Großbritannien	2	+75,8	- 6,9	6
Schweden	3	+68,3	+ 3,9	2
Japan	4	+48,0	- 7,9	7
Frankreich	5	+42,7	- 3,0	4
Kanada	6	+39,0	- 1,4	3
Belgien	7	+25,9	-13,5	10
Niederlande	8	+23,6	- 8,6	8
USA	9	+23,1	- 5,5	5
Schweiz	10	+13,1	-15,6	11
BRD	11	+ 9,5	-11,4	9

(Quelle: Eigene Berechnungen von OECD, „Main Economic Indicators“, August 1977)

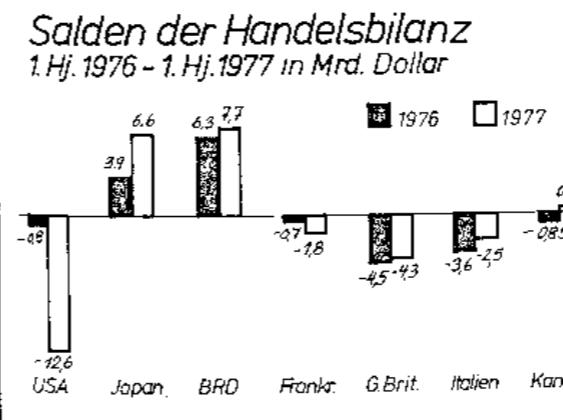
Veränderung der Lebenshaltungskosten 1975 bis 1977 gegenüber dem Vorjahr in Prozent

	1975	1976	1977
	Jahr	3. Vj.	4. Vj.
USA	+ 9,1	+ 5,8	+ 5,5
Japan	+11,7	+ 9,4	+ 9,5
BRD	+ 6,0	+ 4,6	+ 4,2
Frankreich	+11,7	+ 9,6	- 9,6
Großbritannien	+24,1	+15,8	-13,4
Italien	+17,2	+16,5	+16,7
Kanada	+10,8	+ 7,5	+ 6,5

(Quelle: OECD, „Main Economic Indicators“, August 1977)

Unter den entwickelten kapitalistischen Ländern haben sich die Handels- und Zahlungsbilanz-Ungleichgewichte im ersten Halbjahr 1977 verschärft. Besonders stark hat sich die Handelsbilanz der USA verschlechtert: das Defizit ist von 800 Mill. Dollar im 1. Halbjahr 1976 auf 12,6 Milliarden im 1. Halbjahr 1977 gesprungen; merklich verbessert hat sich der Überschuß Japans von 3,9 auf 6,6 Milliarden Dollar, und der Aktivsaldo des Warenaustauschs der BRD hat sich von 6,3 auf 7,7 Milliarden Dollar noch weiter verbessert.

Salden der Handelsbilanz



Die auseinanderklaffende Entwicklung der Handelsbilanz der Vereinigten Staaten einerseits und ihrer Hauptkonkurrenten auf dem Weltmarkt, Japan und der BRD, andererseits, ist eine der Hauptursachen der Währungsunruhe im Juli. Zur Hektik der Wechselkursbewegungen trug auch der nordamerikanische Finanzminister Blumenthal bei. Wenn Japan und die BRD nicht durch eine expansive Wirtschaftspolitik endlich ihre überhöhten Exportüberschüsse abbauen würden, so er-

kläre er, würden dauernde Dollarabwertungen die internationale Wettbewerbsfähigkeit dieser Länder vermindern. Dadurch holt er die Spekulation gegen den Dollar zusätzlich an.

Natürlich wird die westdeutsche und japanische Ausfuhr durch die Wechselkursänderungen nicht ernsthaft gefährdet, weil sie, wie die Erfahrungen der Vergangenheit zeigen, sehr wenig preiselastisch sind. Tatsache aber bleibt, daß die Bemerkungen Blumenthals die kapitalistische Weltwirtschaft weiter verunsichert haben, in der es bereits aus anderen Gründen kriselt.

1.2 Sozialprodukt

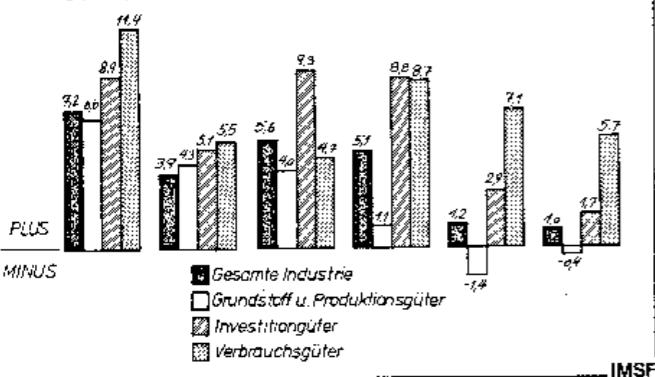
Das Wirtschaftswachstum der Bundesrepublik hat sich 1977 stark abgeschwächt. Für das erste Quartal errechnete das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) noch einen realen Zuwachs von 3,5 Prozent (in der gleichen Vorjahreszeit: + 5,2 Prozent). Im ersten Halbjahr 1977, so schätzt das Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung, lag der Zuwachs real nur noch bei etwa 3 Prozent. Gegenüber 1976 hat sich das Wachstumstempo also fast halbiert. Für das ganze Jahr 1977 rechnet Ifo noch mit einem Zuwachs von 3,5 Prozent (Wirtschaftskonjunktur 7/77).

Saisonbereinigt scheint sich im zweiten Vierteljahr 1977 gegenüber dem ersten Vierteljahr überhaupt kein Zuwachs mehr ergeben zu haben, d. h., das Sozialprodukt hat stagniert. Selbst die schon relativ pessimistischen Prognosen des „Frühjahrsgutachtens“ der Wirtschaftsforschungsinstitute vom April 1977 wurden unterstellt: sie rechneten für das

Nettoindustrieproduktion

Veränderung in Prozent gegenüber Vorjahr

JAN. FEB. MÄR. APR. MAI. JUN



Die Produktion des Bauhauptgewerbes ist zudem noch durch den am 30. Juni auslaufenden Fertigstellungstermin der Investitionszulage für Bauten überzeichnet. Für die Zeit danach ist daher zunächst mit einem „Produktionsloch“ zu rechnen.

Eine Betrachtung einzelner Branchen zeigt erhebliche Unterschiede in der Produktionsentwicklung.

Veränderung der Nettoproduktion in ausgewählten Industriezweigen gegenüber dem Vorjahr in Prozent

	Jan.	Febr.	März	April	Mai
Produzierendes Gewerbe insges.	+ 7,2	+ 3,9	+ 5,6	+ 5,1	+ 1,7
Eisenschaffende Industrie	- 4,0	- 9,5	- 1,2	- 5,3	- 4,2
Chemische Industrie	+ 2,4	+ 4,0	+ 0,4	- 0,1	- 2,7
Maschinenbau	- 0,2	+ 0,3	+ 4,6	+ 0,1	- 6,6
Straßenfahrzeugbau	+14,2	+ 5,4	+12,1	+11,5	+ 7,4
Elektrotechnik	+11,8	+ 8,5	+12,0	+15,4	+ 6,5
Büromaschinen und EDV	+ 4,2	+11,2	+ 5,5	+22,0	+16,5
Textilindustrie	- 8,0	- 1,1	- 1,1	- 5,0	- 5,6
Bekleidungsindustrie	- 1,0	- 8,4	- 3,9	- 4,0	- 5,1

(Quelle: Wirtschaft und Statistik, 7/77, S. 438; Bundesministerium für Wirtschaft, Monatsbericht 7/77)

Ob angesichts dieser Differenzen allerdings von „gespaltener Konjunktur“ gesprochen werden kann – wie es seitens der Bundesregierung teilweise geschieht –, muß bezweifelt werden. Denn es herrschen insgesamt Verlangsamungstendenzen in praktisch allen Bereichen vor.

Eine gewisse Ausnahme bilden die Elektrotechnik und die Produktion von Büro- und Datenverarbeitungsmaschinen. Es spiegelt sich darin neben einem noch immer hohen Bedarf an elektrotechnischen Verbrauchsgütern in erster Linie die vorherrschende Rationalisierungstendenz in der Gesamtwirtschaft – darunter die Bürrorationalisierung – wider.

Doch abgesehen von diesen Ausnahmen, machen sich inzwischen auch in der Automobilindustrie erste Abschwächungstendenzen bemerkbar. Der Nachholbedarf ist gedeckt, die Gebrauchtwagenbestände nehmen zu und drücken auf die Preise. Die Spitze der Auftragseingänge wurde Ende 1976 überschritten, seither gehen sie wieder zurück. Daher wird hier für das zweite Halbjahr (nach einem Produktionszuwachs von 8,4 Prozent im ersten Halbjahr 1977) mit keinem Zuwachs mehr gerechnet. Auch wenn die Produktion sich noch auf einem absolut hohen Niveau bewegt, würde damit einer der wenigen expansiven Momente der Konjunktur an Bedeutung verlieren.

Gleichzeitig haben sich die Hoffnungen der Stahlindustrie nicht erfüllt; die chemische Industrie mußte in ihren Erwartungen erheblich zurückstecken, der traditionelle Zweig der Investitionsgüterindustrien, der Maschinenbau, stagniert weiterhin. Der gesamte Textilbereich leidet unter erheblichen Einbußen. In der Bauwirtschaft ist für die zweite Jahreshälfte wieder mit einem deutlichen Rückgang zu rechnen: Jedenfalls gingen die Baugenehmigungen im Hochbau im ersten Halbjahr noch einmal um 16 Prozent gegenüber der gleichen Vorjahreszeit zurück – nach Angaben des Hauptverbandes der Deutschen Bauindustrie das niedrigste Halbjahresergebnis seit der Krise 1967 (Handelsblatt v. 4. 8. 77).

Noch ungünstiger als die Produktionsziffern entwickeln sich die Auftragseingänge, so daß die Auftragsbestände allmählich abnehmen.

Auftragseingänge im verarbeitenden Gewerbe gegenüber dem Vorjahr in Prozent¹

	Insgesamt		Grundstoffe und Produktionsgüter		Investitionsgüter		Verbrauchsgüter	
	(1)	(2)	(1)	(2)	(1)	(2)	(1)	(2)
Jan.	+ 2,5	- 0,9	- 5,0	- 7,0	+ 8,0	+ 3,9	+ 2,5	- 1,8
Febr.	+ 2,7	- 0,2	- 2,9	- 3,4	+ 8,6	+ 4,3	- 1,9	- 5,9
März	+ 5,0	+ 2,2	- 2,8	- 2,7	+14,2	+ 9,4	- 2,6	- 6,3
April	+ 1,2	- 1,0	- 3,2	- 2,0	+ 5,2	+ 1,2	- 0,6	- 4,1
Mai	+ 1,8	0,0	- 6,9	- 5,1	+ 9,3	- 5,3	+ 0,3	- 2,9
Juni	+ 0,7		- 5,9		+ 4,3		+ 4,5	

(1) Wertindex; (2) Volumenindex (d. h. preisbereinigt)
1 Das „verarbeitende Gewerbe“ enthält entgegen dem „produzierenden Gewerbe“ nicht die Wasser- und Energiewirtschaft, den Bergbau und das Baugewerbe
(Quelle: Bundesministerium für Wirtschaft, Monatsbericht 7/77)

Saisonbereinigt sind die Auftragszahlen im Juni um 1,5 Prozent gegenüber dem Vormonat zurückgegangen. Im Zweimonatszeitraum Mai/Juni lagen sie sogar um 2,5 Prozent niedriger als im Zeitraum Februar/April.

Eine Betrachtung der Inlandsaufträge zeigt, daß die Inlandskonjunktur noch stärker abgerutscht ist als die Gesamtsituation. Die Auslandsaufträge liegen deutlich höher.

Auftragseingänge in Prozent gegenüber dem Vorjahr¹

Inland	Verarb. Gewerbe		Grundstoffe und Produktionsgüter		Investitionsgüter		Verbrauchsgüter	
	Insgesamt	Produktionsgüter	(1)	(2)	(1)	(2)	(1)	(2)
Januar	+ 4,5	- 3,5	+ 12,4	+ 2,0				
Februar	+ 2,0	- 4,0	- 8,5	- 1,9				
März	- 0,2	- 7,5	- 7,4	- 3,1				
April	- 1,1	- 4,6	+ 1,9	- 1,4				
Mai	- 0,4	- 9,0	+ 7,4	- 0,3				
Juni	+ 3,0	- 5,1	- 9,2	+ 0,1				

Ausland

	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni
	- 1,6	- 7,8	+ 0,7	+ 5,3		
	+ 4,7	+ 0,4	+ 8,3	- 2,3		
	+18,5	-10,5	+26,3	- 0,2		
	+ 6,6	+ 0,7	+10,5	+ 3,0		
	+ 7,1	- 0,7	+11,9	+ 3,5		
	- 4,5	- 7,1	- 3,9	+ 0,1		

1 Wertindex
(Quelle: Bundesministerium für Wirtschaft, Monatsbericht 7/77; Frankfurter Allgemeine v. 5. 8. 77)

Das vorläufige Monatsergebnis vom Juni scheint eine Abschwächung der Auslandsaufträge anzudeuten. Allerdings kann aus diesem Einzelergebnis, das zudem noch statistisch korrigiert werden wird, keine Trendumkehr der Auslandsbestellungen abgelesen werden: Es gibt zu viele statistische Zufälligkeiten, die sich in einem einzelnen Monatsergebnis niederschlagen können.

Auf keinen Fall kann es aber mit dem plötzlichen Kursverlust des Dollars – der ja grundsätzlich mit verschlechterten Exportbedingungen der BRD verbunden ist – in Verbindung gebracht werden. Denn dieser ereignete sich erst in der zweiten Jahreshälfte.

Im ersten Halbjahr 1977 lagen die Inlandsaufträge nominal nur noch um 1,3 Prozent über dem Vorjahresstand – waren real also etwa 1,5 Prozent niedriger. Dagegen lagen die entsprechenden Auslandsbestellungen um nominal 5,1 und real 3,2 Prozent höher.

Die Situation der Industrie als dem Kernbereich der Wirtschaft der Bundesrepublik spiegelt in allen Kennziffern die gedrückte Gesamtlage der Konjunktur wider. Es ist kein Bereich erkennbar, von dem in absehbarer Zeit nennenswerte Belebungstendenzen ausgehen könnten. Allerdings muß berücksichtigt werden, daß die aktuellen Zahlen im Jahresvergleich der ersten Jahreshälfte 1976 gegenübergestellt werden, also einer Periode der Produktionsbelebung nach Überwindung des Krisentiefpunkts. Die negativen Veränderungen der Produktions- und Auftragsziffern im Jahresvergleich zeigen daher lediglich an, daß diese Belebungstendenzen sich 1977 nicht fortgesetzt hat – sie deuten auf keinen ausgesprochenen Konjunkturrückgang hin. Vorherrschend sind Stagnationstendenzen.

1.4 Investitionen

Die Vergrößerung des Profits und seine Anhäufung als Kapital, d. h. die Akkumulation, sind Zweck und Triebkraft der Produktion im Kapitalismus. Daher ist die Anlageaktivität insbesondere von fixem Kapital, d. h. die Investitionstätigkeit, von zentraler Bedeutung für Konjunktur und Wachstum. Je größer der Profit, desto stärker die Investitionstätigkeit, desto größer das Wirtschaftswachstum – so stellt sich der Zusammenhang vom Standpunkt des Einzelkapitalisten dar. Diese engere Sicht hat sich auch die herrschende Richtung der bürgerlichen Wirtschaftswissenschaften zu eigen gemacht und in dem Scheinzusammenhang „Mehr Gewinne – mehr Investitionen – mehr Arbeitsplätze“ formuliert.

Tatsächlich ist die Profiterzielung und die Vergrößerung des Kapitals zum Zwecke der weiteren Vergrößerung des Profits für die Kapitalisten ein Selbstzweck. Doch dabei sind ihnen Grenzen gesetzt, die im Zuge der kapitalistischen Produktionsextension selbst errichtet werden. Denn die Vergrößerung des angelegten fixen Kapitals, d. h. die Investitionstätigkeit in Maschinen, Anlagen und Produktionsgebäuden, wirkt nur dann mehr Profit ab, wenn die damit produzierten Waren auch abgesetzt werden können – wobei die Konsumtionskraft die letztendlich entscheidende Rolle spielt. Dieser Zusammenhang wird durch die seit 1972 anhaltende „Investitionsschwäche“ eindringlich demonstriert.

Das wird sich auch im laufenden Jahr nicht entscheidend ändern. Die Investitionstätigkeit der Industrie – die den Kernprozeß der gesamtwirtschaftlichen Investitionstätigkeit bildet – wird sich nach den Ergebnissen des Ifo-Konjunkturtests vom März/April nicht wesentlich beleben.

Anlageinvestitionen in der verarbeitenden Industrie¹

	In Milliarden DM	In % geg. Vorjahr
1970	35 490	+17
1971	35 149	- 1
1972	31 834	- 9
1973	31 004	- 3
1974	28 568	- 8
1975	26 466	- 7
1976	27 044	+ 2
1977 ²	28 125	+ 4

1 In Preisen von 1970

2 Schätzung des Ifo-Instituts

(Quelle: Ifo-Schneldienst 17/77, S. 7)

Die leichte Belebung der industriellen Investitionstätigkeit in den Jahren 1976/77 wurde im wesentlichen durch den Ersatzbedarf getragen. Auch die Rationalisierung als Investitionszweck spielt eine unverändert große Rolle, während Erweiterungen nur in relativ geringem Umfang vorgenommen werden.

Zielsetzung der industriellen Investitionen in Prozent

	Kapazitätserweiterung	Rationalisierung	Ersatzbeschaffung

<tbl_r cells="4" ix="3" maxcspan="

Der Auslastungsgrad ist also seit Jahresanfang saisonbereinigt wieder zurückgegangen. Er liegt damit um rund 8 Prozent unter dem Niveau der Jahre 1969/70. Bevor er nicht kräftig ansteigt, ist mit einer neuen Welle von Erweiterungsinvestitionen nicht zu rechnen. Eine derartige Belebung müßte aber gegenwärtig vom Konsumgüterbereich ausgehen, da der Auslastungsgrad der Investitionsgüterindustrien ja von eben diesen Erweiterungsinvestitionen unmittelbar abhängt.

Selbst eine Wiederholung der Gewinnsteigerungen des Jahres 1976 würden keinen „Investitionsstoß“ bringen: Sie würden lediglich die Geldkapitalbildung und die Spekulation mit Devisen und Wertpapieren anheizen.

1.5 Außenhandel

Das Entwicklungstempo im Außenhandel der Bundesrepublik ist in den letzten Monaten etwas zurückgegangen. Expandierten die Exporte 1976 gegenüber dem – allerdings durch einen krisenbedingten Einbruch gekennzeichneten – Jahr 1975 im Tempo von real 14 Prozent, so nahmen sie im ersten Halbjahr 1977 real nur noch um etwa 6 Prozent zu. Da aber auch die Importe ihr Expansionstempo im gleichen Maße verringerten (1. Hj. 1977 = + 6 Prozent), vergrößerte sich der Exportüberschuß wieder.

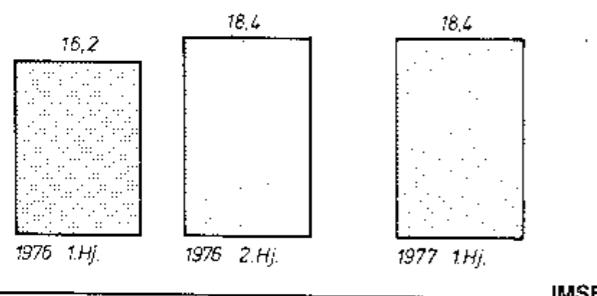
Außenhandel der BRD

	Exporte Mrd. DM	% ¹	Importe Mrd. DM	%	Saldo Mrd. DM	%
1975	221,6	- 3,9	184,3	+ 2,5	+37,3	- 27,6
1976	256,6	+15,8	222,2	+20,6	+34,5	- 7,5
1. Hj.	123,2	+13,7	107,0	-20,8	+16,2	-18,2
2. Hj.	132,9	+17,4	114,7	+20,0	-18,4	+ 5,1
1. Hj.	134,6	+ 9,3	116,2	+ 8,6	-18,4	13,6

1 In % gegenüber dem Vorjahr
(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, Ifd.; Frankfurter Allgemeine v. 26.7.77)

Außenhandel der BRD

Exportüberschuß in Prozent gegenüber Vorjahr



Das anhaltend große Ungleichgewicht im Außenhandel – wobei die Bundesrepublik eine wichtige Ursache ist – führt vor dem Hintergrund der relativ verengten kapitalistischen Märkte zu einer verschärften internationalen Konkurrenz, die sich sowohl verschiedener Formen der Handelskontrollen als auch der Währungsmanipulation bedient (vgl. oben Abschnitt 1.1). Ein wichtiges Mittel zur Importbeschränkung sind z. B. sogenannte „freiwillige Selbstbeschränkungsabkommen“. So wurden die japanischen Stahlfirmen von den EG-Stahlkonzernen dazu veranlaßt, den Export bestimmter Stahlsorten in die EG einzustellen. England und die Benelux-Staaten drohten den Japanern mit einem Einfuhrverbot und erreichten so eine „freiwillige“ Beschränkung der japanischen Exporte von Fernsehern und Taschenrechnern. Die US-Konzerne setzen sich für die Ausweitung von Importrestriktionen auf vielen Gebieten ein.

Auch Veränderungen der Währungsparitäten zur Exportförderung werden angewandt, wobei hier die Wirksamkeit auf Dauer allerdings gering sein dürfte. Beispiele dafür sind der Kurssturz des englischen Pfundes im Jahre 1976 und die Abwertung des Dollars im Juli 1977, die beide durch die Nationalbanken und Regierungen der jeweiligen Länder eher noch gefördert wurden.

solche Aktionen sind jedoch meist Abwehrkämpfe von Ländern, deren Zahlungsbilanzen bedrohliche Defizite aufweisen. Darauf muß verwiesen werden, weil die Bundesregierung und die bundesdeutsche Exportwirtschaft solche Kursveränderungen zum Vorwand nehmen, um das Gespenst des ausländischen Konkurrenzdrucks an die Wand zu malen.

Zwar ist eine Aufwertung der DM und eine Abwertung anderer Währungen unter bestimmten Bedingungen geeignet, die Exportchancen zu verschlechtern. Allerdings ist das für die Bundesrepublik mit ihren im internationalen Vergleich niedrigen Preissteigerungsraten und ihrem hohen Exportüberschuß aktuell keineswegs eine Gefahr.

Daher sind solche Reaktionen in der Bundesrepublik auch weniger an die Adresse des Auslands als vielmehr an die Adresse der Gewerkschaften gerichtet. Die Aufwertung der DM – so etwa wird argumentiert – gefährde die internationale Konkurrenzfähigkeit der Bundesrepublik und damit auch die Arbeitsplätze. Um diesen Effekt auszugleichen, müßten die Lohnkosten gesenkt werden.

Dabei werden Ursache und Wirkung einfach umgekehrt. Denn die Aufwertungstendenz der DM ist letzten Endes eine Folge der hohen Exportüberschüsse der Bundesrepublik, d. h. der großen internationalen Konkurrenzfähigkeit der BRD. Eine weitere Verstärkung ihrer internationalen Position durch Lohnkostensenkungen würde den Überschuß im Außenhandel noch vergrößern und die Aufwertungstendenz verstärken. Es würde eine Spirale entstehen: Exportüberschuß – Aufwertung der DM – Lohnsenkung – größerer Exportüberschuß – weitere DM-Aufwertung usw. Das wäre eine Spirale nach dem Geschmack der Unternehmer: Ihr Ergebnis – und darauf kommt es ihnen vor allem an – wären niedrigere Löhne und höhere Gewinne.

Die Arbeitsplätze aber würden nicht sicherer: Die Absatzmöglichkeiten im Ausland würden durch die Reaktionen der Partnerländer begrenzt werden, gleichzeitig würden die inländischen Märkte infolge ausfallender Kaufkraft weiter verengt werden. Der hohe und steigende Exportüberschuß der Bundesrepublik bedeutet auf Dauer eine Verunsicherung der nationalen und internationalen Konjunkturentwicklung – sein weiterer Aufbau ist vom Standpunkt der Arbeiter und Angestellten keineswegs zu begrüßen.

1.6 Staatshaushalt

„Die 1976 forcierten Bemühungen des Staates, das Defizit durch Ausgabendämpfungen zu reduzieren, haben die Entfaltung des Aufschwungs und den Abbau der Arbeitslosigkeit behindert.“ Diese Formulierung stammt aus dem bürgerlichen und ansonsten eher konservativen „Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung“ (DIW) in Westberlin (DIW-Wochenbericht Nr. 31/77, S. 266). Die „Sparpolitik“ der Bundesregierung hat nach den Analysen dieses Instituts die Krise ver-

Staatsausgaben¹

	1974 Mrd. DM	1975 Mrd. DM	% ²	1976 Mrd. DM	%	1977 ³ Mrd. DM	%
Ausgaben							
insgesamt	314,1	354,0	+12,7	368,5	+ 4,1	386,9	+ 4,2
darunter:							
Personal- ausgaben	107,2	116,4	+ 8,6	122,8	+ 5,5	131,0	+ 5,5
Sach- ausgaben	49,2	52,6	+ 6,9	55,6	+ 5,7	59,0	+ 4,1
Zins- ausgaben	12,7	14,9	+17,3	18,3	+19,6	26,0	+23,2
Investitions- ausgaben	45,7	46,2	+ 1,1	44,1	- 4,5	45,1	- 2,2
Zuweisungen u. Zuschüsse ⁴	117,9	142,9	+21,2	151,2	+ 5,8	154,1	+ 3,1

1 Bund, Länder und Gemeinden, Sondervermögen

2 In % gegenüber dem Vorjahr

3 An Sozialversicherungen, direkte Subventionen usw.

4 Laut Finanzplanung 1975-79; die Steigerungsraten beziehen sich auf Planziffern, nicht auf die hier abgedruckten Ist-Ergebnisse, so daß kleinere Abweichungen vorkommen
(Quelle: Wirtschaft und Statistik, Ifd.)

längert und ihre Auswirkungen auf die arbeitende Bevölkerung und die Gesamtwirtschaft verschärft. Die Haushaltspolitik der Gebietskörperschaften (Bund, Länder, Gemeinden) hat also prozyklisch gewirkt.

Vor allem die als konjunkturpolitisch besonders wichtig betrachteten Investitionsausgaben haben sogar nominal abgenommen. So ist es dem Staat 1976 zwar gelungen, den Finanzierungssaldo, d. h. die Zunahme der öffentlichen Verschuldung von 65,4 Mrd. DM im Jahre 1975 auf 47,7 Mrd. DM 1976 zu reduzieren – das aber um den Preis einer abgeschwächten Konjunktur und hoher Arbeitslosenzahlen.

Für das laufende Jahr zeichnet sich ein Anhalten des restriktiven Kurss ab – trotz des mittelfristigen Investitionsprogramms. Wahr ist ein Gesamtüberblick über das tatsächliche Ausgabebaren der Gebietskörperschaften noch nicht verfügbar. Aber insbesondere der Haushaltsvollzug des Bundes deutet darauf hin. Die Gesamtausgaben des Bundes sollen 1977 um 5,7 Prozent zunehmen, also wiederum deutlich langsamer als das nominale Bruttosozialprodukt. Im ersten Halbjahr – so schätzt das Ifo-Institut – lag der Ausgabenzuwachs jedoch erheblich unter dieser Marke. Die Sparanstrengungen in den einzelnen Ressorts bewirken offensichtlich auch im Ausgabenvollzug Verzögerungen, die den ohnehin restriktiv angelegten Effekt noch verstärken.

Solagen z. B. die Tiefbauaufträge der öffentlichen Hand in den ersten vier Monaten des Jahres 1977 nochmals etwas unter dem Vorjahresstand. Im gleichen Zeitraum wurden noch ganze 17 300 Wohnungen im sozialen und steuerbegünstigten Wohnungsbau gefördert – gegenüber 26 500 im gleichen Vorjahreszeitraum (Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, 7/77, S. 67*).

Die öffentliche Hand hat damit einen erheblichen Anteil an den rapide gesunkenen Bauaufträgen. Die Zahl der Baugenehmigungen, so ermittelte der Hauptverband der Deutschen Bauindustrie, lag im ersten Halbjahr 1977 auf dem Niveau von 1967. Es muß daher damit gerechnet werden, daß die Zahl der fertiggestellten Wohnungen in diesem Jahr nochmals niedriger als im Vorjahr liegen wird, also unter 392 000. Diese Entwicklung ist dabei keineswegs etwa auf eine Sättigung des Bedarfs zurückzuführen. In den Ballungsgebieten – so Vietor, der Vorsitzende der gewerkschaftseigenen Baugesellschaft „Neue Heimat“ – sei schon wieder Wohnungsnot zu verzeichnen.

Ein Hinweis auf den besonders niedrigen Zuwachs der sozialen Investitionsausgaben sind die Ausgabenansätze der Gemeinden: Sie sollen 1977 nur um 2 Prozent zunehmen, nachdem sie schon 1976 stagniert haben. Doch ob dieser Ansatz der mittelfristigen Finanzplanung realisiert werden wird, muß bezweifelt werden. So rechnet der Gemeindefinanzbericht für 1977 sogar mit einem Rückgang der Investitionsausgaben der Städte und Gemeinden um 2 auf 28,5 Mrd. DM. Der Grund ist die ungünstige Finanzsituation der Gemeinden, die durch die Steuerreform 1975 und das „Steuerpaket“ von 1977 besonders belastet wurden.

Auch einige zusätzliche Ausgaben des Bundeshaushalts – wie sie gegenwärtig diskutiert werden – dürften diese rückläufige Tendenz nicht ausgleichen. Eine wichtige Voraussetzung für die Realisierung einer expansiven, konjunkturpolitisch erforderlichen Ausgabengestaltung des Staates ist also die grundlegende Verbesserung der Finanzierungssituation der Städte und Gemeinden (vgl. Handelsblatt v. 10. 8. 77).

2. Unternehmergevinne und Konzentration

2.1 Unternehmergevinne

Entsprechend der insgesamt verlangsamen Konjunkturentwicklung steigen auch die „Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen“, die als Indiz für die Entwicklung der Gewinne benutzt werden, verlangsamt an. Nach Schätzungen des DIW lagen sie im ersten Viertrijahr 1977 um 4,4 Prozent über dem Vorjahresstand.

Allerdings handelt es sich dabei nur um eine Schätzung, endgültige Zahlen sind noch nicht verfügbar.

Für das Jahr 1977 rechnet das DIW mit einem Zuwachs von 9 Prozent, also immer noch etwas stärker als das nominale Bruttosozialprodukt. Die Verteilungsposition der Selbständigen würde sich dadurch nochmals etwas verbessern.

Zudem muß darauf hingewiesen werden, daß die genannte Globalgröße die wichtigen Differenzierungen verwischt. Die darin enthaltenen Einkünfte des selbständigen Mittelstandes dürften – wie die steigenden Insolvenzenzahlen andeuten – nur wenig zugenommen haben. Die Zinssennahmen aus Spareinlagen – von denen ein Teil auch an Arbeiter und Angestellte fließt – sind sogar als Folge der Zinssenkungen zurückgegangen.

Dagegen deuten alle vorhandenen Schätzungen und Ergebnisse der großen Unternehmen auf einen weiteren kräftigen – wenn auch gegenüber 1976 verlangsamen – Zuwachs der Unternehmergevinne im eigentlichen Sinne hin.

So ermittelte das Statistische Bundesamt aufgrund der zuletzt veröffentlichten Dividendsätze der börsennotierenden Aktiengesellschaften eine Durchschnittsdividende von 13,71 DM für eine 100-DM-Aktie am 30. Juni 1977. Ein Jahr zuvor wurden durchschnittlich 12,77 DM ausgeschüttet (Wirtschaft und Statistik, 7/77, S. 476).

Vor allem die Automobilindustrie erwartet nochmals einen Gewinnsprung nach oben.

Gewinne je Aktie¹ in DM

	1974	1975	1976	1977
BMW	5,0	13,0	18,0	24,0
Daimler-Benz	23,0	30,0	37,0	40,0
VW	- ²	- ²	12,0	30,0

1 Je 50-DM-Aktie; 2 Es wurde ein Bilanzverlust ausgewiesen
(Quelle: Vgl. „Informationen...“ Nr. 3/76; Wirtschaftswocche 33/77, S. 69)

Doch auch Siemens verzeichnet für das erste Halbjahr 1977 einen weiteren Anstieg des Jahresüberschusses um 10 Prozent, die Deutsche Bank erhöhte ihren Zinsüberschuß im gleichen Zeitraum um mehr als 11 Prozent.

Obwohl die meisten Firmen für den Ertrag keine Zwischenergebnisse melden, wird allgemein von „Ergebnisverbesserung“ (AEG), „bemerkenswerter Ergebnisverbesserung“ (Quelle) oder „guten Ertragsausichten“ (Bosch) gesprochen.

Die Gewinnanalyse der Aktiengesellschaften wird 1977 durch eine zusätzliche Verzerrung erschwert: Die am 1. Januar in Kraft getretene Reform der Körperschaftsteuer bringt zwar insgesamt eine deutliche Steuerentlastung für die AGs und ihre Aktionäre, die aber erst 1978 sichtbar werden wird (vgl. „Informationen...“ Nr. 3/76). So würde z. B. eine Aufrechterhaltung der Dividende von Siemens, die 1976 bei 20 Prozent lag, für den Aktionär tatsächlich eine Dividendenerhöhung auf etwa 31 Prozent bedeuten. Denn die vom Konzern bezahlte Körperschaftsteuer erhält der Aktionär im folgenden Jahr in Form einer Steuergutschrift zusätzlich vergütet. Also wird schon eine unveränderte oder sogar leicht rückläufige Durchschnittsdividende tatsächlich eine kräftige Erhöhung der Dividendeneinkünfte bedeuten.

Das muß auch bei der Bewertung der Entwicklung der „Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen“ berücksichtigt werden. Denn zwar scheint die Belastung durch die Körperschaftsteuer im laufenden Jahr anzusteigen mit dem Erfolg, daß die Nettobezüge langsamer zunehmen als die Bruttobezüge. Das aber wird sich im darauffolgenden Jahr ändern, wenn die Dividendenbezieher die Steuergutschriften vom Finanzamt vergütet erhalten.

2.2 Konzentration

Der Konzentrationsprozeß verläuft immer noch in beschleunigtem Tempo. Die Zahl der meldepflichtigen Fusionen hat 1976 nochmals leicht zugenommen.

Meldepflichtige Unternehmenszusammenschlüsse

1970	1971	1972	1973	1974	1975	1976
291	219	267	243	318	448	453

(Quelle: Bericht des Bundeskartellamtes 1976, S. 148; vgl. „Informationen...“ 3/76)

Immer noch stehen zahlenmäßig die horizontalen Fusionen an der Spitze – Unternehmen einer Branche schließen sich zusammen mit dem Ziel der Marktbeherrschung. Aber die vertikalen Fusionen gewinnen klar an Bedeutung – eine Tendenz, die in weit geringerem Maße schon seit 1970 sichtbar ist. Dabei versucht ein Konzern alle Produktionsstufen von der Rohstoffgewinnung bis zum Verkauf zu kontrollieren. Die Bedeutung der Bildung von Konglomeraten – die Bildung von Mischkonzernen – hat sich insgesamt kaum verändert.

Zusammenschlüsse nach Art der Fusionen

	1970-1975	1976
Insgesamt	1786	453
davon:		
horizontal	1369	283
in %	76,7	62,5
vertikal	189	113
in %	10,6	24,9
Konglomerate	228	57
in %	12,8	12,6

(Quelle: Bericht des Bundeskartellamtes, Ifd.)

Diese Entwicklung hängt wohl einmal mit der durch die Krise bedingten großen Unsicherheit zusammen, die durch Ausdehnung auf mehrere Produktionsstufen für den einzelnen Konzern etwas verringert werden kann. Auch sind in vielen Bereichen die Märkte inzwischen unter den großen Konzernen so verteilt, daß einer Ausdehnung in die Horizontalen dadurch Grenzen gesetzt sind. So wird die Finanzkraft dazu verwendet, um die Vorlieferanten bzw. die kleineren Abnehmerfirmen aufzukaufen. Schließlich kann so die vorbeugende Fusionskontrolle des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) umgangen werden, da dessen Regelungen sich vor allem an Marktanteilen auf Einzelmärkten orientieren (vgl. Bericht des Bundeskartellamtes 1976, S. 20).

Auf der Kehrseite des Konzentrationsprozesses steigt die Zahl der Unternehmenszusammenschrüte und Pleiten noch immer an. Das ist um so bemerkenswerter, als infolge der niedrigen Tarifabschlüsse und der konjunkturrellen Belebung die Ertragslage der Unternehmen insgesamt deutlich verbessert wurde.

Insolvenzen

1972	1973	1974	1975	1976	1977 ¹
4619	5515	7722	9195	9361	4907

¹ In den ersten 6 Monaten
(Quelle: Wirtschaft und Statistik, Ifd.)

In den ersten 6 Monaten des laufenden Jahres stieg die Zahl um fast 300 oder 6,4 Prozent an. Allein im Mai war sie um 17,8 Prozent oder 121 Fälle höher als im gleichen Vorjahrsmonat. Geht man von der Annahme der „Vereine Creditreform“ – einer Art Wirtschaftsauskunfts – aus, daß eine Unternehmensinsolvenz im Durchschnitt 50 Arbeitsplätze kostet, dann bedeutet die Zahl von 590 Unternehmenszusammenschrüten im Mai 1977 (insgesamt wurden 802 Insolvenzen gezählt, darunter auch Pleiten von privaten Schuldern) den Verlust von fast 30000 Arbeitsplätzen (Handelsblatt v. 14. 6. 1977).

Das ist auch der Grund für die „Enttäuschung“, mit der Konjunkturforscher und Wirtschaftspolitiker den privaten Verbrauch betrachten. Wie

Ein Abflauen der Pleitewelle ist dabei nicht in Sicht. Es kann eher angenommen werden, daß mit einem Andauern der konjunkturrellen Unsicherheiten die aufwärtsgerichtete Tendenz anhalten wird.

3. Lage der Arbeiterklasse

3.1 Löhne und Gehälter

Im ersten Halbjahr 1977 wurden für etwa zwei Drittel der Beschäftigten (etwa 13 Millionen) Tarifverträge abgeschlossen, die im Durchschnitt eine Anhebung der Tarifverdiene um 6,4 Prozent vorsehen. Die Abschlüsse lagen damit um 1 Prozent über denen des Vorjahrs (5,5 Prozent). Bei leicht erhöhter Zahl der Arbeitsstunden pro Kopf werden die Effektivverdiene etwas stärker ansteigen, wobei davon ausgegangen wird, daß die Tarifhöhungen im großen und ganzen auch effektiv durchgesetzt werden. Die Summe der Arbeitseinkommen wird bei einer leicht erhöhten Beschäftigtenzahl nur wenig stärker ansteigen.

Arbeitseinkommen in Prozent gegenüber dem Vorjahr

	1. Hj. 1976	2. Hj. 1976	1. Hj. 1977	2. Hj. 1977
Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit ¹	+6,4	+8,1	+8,5	+8,5
Bruttolohn- und -gehaltssumme	+5,8	+7,3	+7,5	+7,5
Nettolohn- und -gehaltssumme	+2,9	+4,5	+5,5	+5,0

¹ Einschließlich Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung
(Quelle: Schätzung des Ifo-Instituts, Wirtschaftskonjunktur 7/77)

Die realen Arbeitseinkommen werden demnach bei einer durchschnittlichen Preissteigerungsrate von 4 Prozent im ersten Halbjahr 1977 um etwa 1,5 Prozent ansteigen. Bei leicht erhöhten Beschäftigtenzahlen wird der Anstieg pro Beschäftigten noch etwas geringer ausfallen. Da gleichzeitig die Bezüge aus der Arbeitslosenunterstützung kräftig gesunken sind, dürfte der Zuwachs der Einkommen aus Lohn- und Lohnersatzzahlungen insgesamt real noch unter einem Prozent liegen. Dabei wird für das zweite Halbjahr sogar eine Abschwächung der Zuwachsraten erwartet.

In diesem Zusammenhang ist die vom DIW aufgestellte Berechnung der „verfügbaren Einkommen“ der privaten Haushalte interessant. Dabei werden alle Einkunftsarten der Haushaltstypen zusammengezählt – also bei Arbeiterhaushalten auch Sparzinsen, Kindergeld, Arbeitslosenunterstützungen usw. – und verschiedene Posten wie Überweisungen der Ausländer in ihre Heimat, Versicherungsprämien und Zinsen auf Konsumentenschulden abgezogen.

Verfügbare Einkommen der Haushalte der Lohnabhängigen¹

	Mrd. DM	% geg. Vorj.	Lebenshaltungskosten in %
1974	357,1	–	–
1975	385,7	+8,0	+6,0
1976	398,4	+3,3	+4,5

¹ Arbeiter, Angestellte und Beamte
(Quelle: DIW-Wochenbericht 27/77, S. 232)

Demnach sind die Haushaltseinkommen der Lohnabhängigen zwischen 1974 und 1976 um 11,6 Prozent gestiegen. Da sich die Lebenshaltungskosten aber im gleichen Zeitraum um ebenfalls 11 Prozent erhöht haben, ist real praktisch kein Zuwachs mehr geblieben. Berücksichtigt man die rückläufigen Sparzinsen und Sozialeinkommen, so dürfte das „verfügbare Einkommen“ auch 1977 kaum zunehmen.

Bei der von Unternehmerseite geführten Diskussion um die zu hohe Lohnsteuerbelastung geht es also in Wirklichkeit um eine Senkung der

vorauszusehen hat er sich entsprechend der Einkommenssituation der Arbeiter und Angestellten entwickelt, ist also nur schwach gestiegen. Das Ifo-Institut schätzt eine Zunahme um real nur noch 2 Prozent im ersten Halbjahr 1977. Vor allem im Einzelhandel macht sich das bemerkbar.

Einzelhandelsumsätze 1977

	nominal	real
Januar	+2,3%	-1,6%
Februar	-4,8%	+1,0%
März	+9,5%	+5,6%
April	+1,0%	-2,5%
Mai	+8,0%	+4,2%

(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank 8/77, S. 67)

Sowohl der Facheinzelhandel als auch die Großbetriebe des Handels schätzen den Umsatzzuwachs im ersten Halbjahr nur auf nominal 3,5-4 Prozent und sprechen real von einer Stagnation (Frankfurter Allgemeine v. 23. 6. 1977 und Frankfurter Rundschau v. 27. 7. 1977).

3.2 Steuern

Die Auswirkungen der durch die Steuerreform von 1975 verschärften Progressionswirkungen der Lohn- und Einkommensteuer sind jetzt voll zu spüren. Die Lohnsteuerabzüge wachsen nahezu doppelt so schnell wie die Bruttoeinkommen.

Steuereinnahmen im 1. Halbjahr 1977¹

	Mrd. DM	% gegenüber Vorjahr
Insgesamt	124,3	+13,7
darunter:		
Lohnsteuer	39,7	+15,1
Umsatzsteuer	19,6	+3,3
Veranlagte Einkommensteuer	16,5	+19,6
Körperschaftsteuer	7,2	+60,3

¹ Bei Bund und Ländern

(Quelle: Bulletin der Bundesregierung Nr. 77/1977, S. 734)

Der überproportionale Anstieg der veranlagten Einkommensteuer ist nicht nur auf die hohe Steigerungsrate der Selbständigen einkommen, sondern auch auf das Hereinwachsen von immer mehr Angestellten-einkommen in den Veranlagungsbereich zurückzuführen. Rein optisch ist der hohe Anstieg der Körperschaftsteuer: er ist auf die Reform zum 1. Januar 1977 zurückzuführen. Der Entlastungseffekt wird sich erst im kommenden Jahr auch statistisch niederschlagen.

In dieser Situation wird verstärkt eine neue Reform der Einkommensteuer diskutiert. Vor allem die CDU, aber teilweise auch die Unternehmer fordern eine sofortige Senkung der Belastung durch die Lohnsteuer.

Ihr Ziel ist jedoch keine Verbesserung der Einkommenssituation der Arbeiter und Angestellten, sondern eine Entlastung der Unternehmer. Denn gleichzeitig werden selbst die niedrigen Lohnabschlüsse der Vergangenheit als zu hoch bezeichnet. Zudem bringt ein „Steuerabschlag“, wie ihn die Unternehmer fordern und auch die Bundesregierung erwägt, Entlastungen vor allem für die hohen Einkommen. Das „Handelsblatt“ weist auf die unsozialen Absichten offen hin: „Die ungleiche Entlastung ist ausdrücklich gewollt: es geht bei dieser Konzeption nicht in erster Linie darum, die Massenkaufkraft zu stärken, sondern den Unternehmen den Mut zu einem wieder auf Expansion gerichteten Geschäftsgescheben zurückzugeben.“ Zusätzlich schlägt das „Handelsblatt“ vor, die Gewährung von „Steuerabschlägen“ direkt von „lohnpolitischem Wohlverhalten“ der Gewerkschaften abhängig zu machen („Handelsblatt“ v. 15. 8. 1977).

Bei der von Unternehmerseite geführten Diskussion um die zu hohe Lohnsteuerbelastung geht es also in Wirklichkeit um eine Senkung der

Lohnkosten. Für die Arbeiter und Angestellten soll netto bestenfalls alles beim alten bleiben. Und noch nicht einmal das: denn die dem Staatshaushalt nun fehlenden Mittel sollen durch Einsparungen im sozialen Bereich wieder hereingeholt werden. Eine Verschlechterung der öffentlichen Leistungen bei steigenden Gebühren wäre die Folge. Das aber müßte wieder von der Masse der Arbeiter und Angestellten getragen werden. Im Endeffekt müßten diese bei bestenfalls gleichbleibendem Nettoeinkommen höhere Preise für öffentliche Leistungen zahlen: Ihre Einkommenssituation wäre real schlechter als vor der „Steuerentlastung“.

Ziel der Kampagne von CDU und Unternehmern, aber auch der Bundesregierung, ist also das genaue Gegenteil des angeblichen Zwecks. Zudem wollen sie im „Windschatten“ dieser scheinbaren Lohnsteuerentlastung auch noch direkte Senkungen der Gewinnsteuern und Verbesserungen der Abschreibungsmöglichkeiten durchsetzen, nachdem schon das „Steuerpaket“ von der Jahresmitte umfangreiche Senkungen von Vermögens- und Gewerbesteuern beinhaltet hatte.

Gegenwärtig, kurz nach dem „Krisengespräch“ von Helmut Schmidt in Hamburg im August, zeichnet sich ein Erfolg dieser Unternehmerstrategie ab: Die Bundesregierung scheint wieder einmal bereit zu sein, dem Druck der Unternehmer nachzugeben.

3.3 Renten

Zu den Bevölkerungsgruppen, die zuerst Opfer der „Sparpolitik“ der Bundesregierung geworden sind, gehören die Rentner. Dabei wird die Durchführung von entsprechenden Maßnahmen durch die z. T. verbreitete Ansicht erleichtert, daß deren soziale Situation besonders günstig sei.

Obwohl in den vergangenen Jahren die Renten tatsächlich merklich gestiegen sind, gibt es nach wie vor zahlreiche Rentner, die an der Existenzgrenze leben müssen.

Durchschnittsrenten 1976

	Monatsrenten in DM

<tbl_r cells="2" ix="4"

Rentner nach monatlichem Nettoeinkommen (Anteile in Prozent)

	Unter 450	Monatliches Nettoeinkommen in DM	450- 600	600- 800	800- 1000	1000- 1200	Über 1200
Rentner mit einer Rente	21,2	14,7	18,6	16,3	11,9	17,4	
Rentner mit zwei Renten und mehr	8,2	10,4	18,6	19,8	14,5	28,7	
Rentner insgesamt	17,2	13,4	18,6	17,4	12,7	20,8	

1.77 Prozent der Rentner machten keine Angaben
(Quelle: Ebd., S. 480)

Immerhin lebten also noch 1976 fast 3,5 Millionen Rentner von einem Einkommen unter 600 DM, fast 2 Millionen mußten sogar mit weniger als 450 DM auskommen. Davon waren die Frauen besonders stark betroffen: 22,9 Prozent der weiblichen Rentner mußten von weniger als 450 DM monatlich leben. Nur ein Fünftel aller Rentner erhielt mehr als 1200 DM. Nur eine Minderheit dürfte also etwa dem Bild entsprechen, das in der Öffentlichkeit nicht selten von der Masse der Rentner gezeichnet wird: gutverdienend, reiselustig und finanziell kräftig.

Ein großer Teil der Rentner lebt schließlich von einem Einkommen, das nur knapp auskömmlich ist, so daß schon relativ geringfügige Befestigungen einschneidende Veränderungen der Lebensführung mit sich bringen.

3.4 Preise

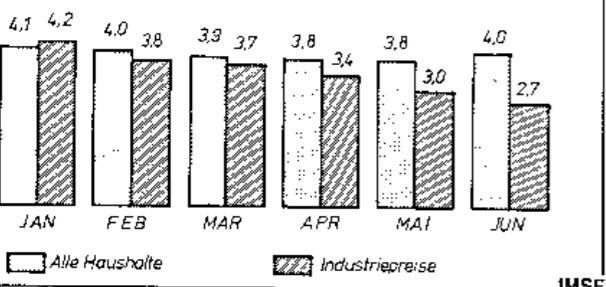
Trotz der anhaltenden konjunkturellen Schwäche, trotz Überkapazitäten und Gewinnsteigerungen hat sich der Preisanstieg in den letzten Monaten nicht nur nicht beruhigt, sondern sogar leicht beschleunigt. Im ersten Halbjahr stieg er mit einer (umgerechneten) Jahresrate von 5 Prozent, nach etwa 3 Prozent im zweiten Halbjahr 1976.

Lebenshaltungskosten in Prozent gegenüber dem Vorjahr¹

	Veränderung in % gegenüber Vormonat	Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, 8/77, S. 68 ²
1972	—	+5,5
1973	—	+6,9
1974	—	+7,0
1975	—	+6,0
1976	—	+4,5
1977	+0,9	+4,1
Januar	+0,6	-4,0
Februar	+0,3	+3,9
März	+0,5	+3,8
April	+0,4	-3,8
Mai	-0,5	+4,0
Juni	-0,1	-4,3

1. Alle Haushalte
(Quelle: Wirtschaft und Statistik, 7/77, S. 488)

Lebenshaltungskosten 1977 Steigerung in Prozent gegenüber Vorjahrsmonat



Im Gegensatz zum vorangegangenen Jahr sind die saisonbedingten Verteuerungen dieses Mal etwas geringer ausgefallen, dafür sind die saisonunabhängigen Produkte im Preis stärker gestiegen. Das zeigt der unter Ausschluß der Saisonwaren errechnete Preisindex, der seit Jahresbeginn schneller steigt als der Gesamtindex.

Trotz der rückläufigen Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte bilden Nahrungsmittel noch immer die Spitzengruppe. Das Preisniveau der Ernährungsindustrie lag im ersten Halbjahr 1977 um 6,3 Prozent über dem Vorjahresstand (Frankfurter Allgemeine v. 10.8.1977). Aber auch Textilien sind z.T. überdurchschnittlich teurer geworden – trotz Absatzkrise.

Preissteigerungen ausgewählter Produkte¹

	in Prozent
Rindfleisch	+ 5,7
Margarine	+ 7,2
Eier	+ 6,5
Brot	+ 5,5
Bohnenkaffee	+ 59,0
Tee	+ 13,0
Äpfel	+ 34,4
Herrenhosen	+ 6,9
Damenröcke	+ 12,9

1. Juni 1977 gegenüber Juni 1976
(Quelle: Frankfurter Allgemeine v. 28.7.77)

Allerdings ist mit einer sprunghaften Veränderung der Preissteigerungsraten für die nächste Zeit nicht zu rechnen. Veränderungen – eher nach oben – werden in einem relativ engen Rahmen bleiben. Das zeigt die gedämpfte Entwicklung der Erzeugerpreise, deren Zusammenhang zu den Verbraucherpreisen allerdings nur indirekt und locker ist.

Ausgewählte Preisindizes in Prozent gegenüber dem Vorjahr

	Industrielle Erzeugerpreise	Landwirtschaftliche Erzeugerpreise	Einzelhandelspreise
1976	+3,9	+11,9	+3,7
1977			
Jan.	+4,2	+ 0,1	+3,9
Febr.	+3,8	- 2,6	+3,7
März	+3,7	- 4,8	+3,7
April	+3,4	- 6,1	+3,6
Mai	+3,0	- 3,1	+3,7
Juni	-2,7	- 0,8	-3,9
Juli	-1,2,2		+4,3

(Quelle: Wirtschaft und Statistik, 7/77, S. 488; Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, 8/77, S. 68²)

Die rückläufige Preissteigerungsrate der industriellen Erzeugerpreise hängt vor allem mit der Entwicklung der Grundstoffpreise zusammen, die unter dem Einfluß der rückläufigen Rohstoffpreise und der DM-Aufwertung zur Zeit sogar etwas niedriger liegen als im Vorjahr. In ihnen schlägt sich der über den Wechselkurs bewirkte Export der Inflation nieder, nicht etwa eine vergrößerte innere Preisstabilität. Der Außenwert der DM gegenüber der übrigen Welt lag im Juni 1977 immerhin um 9 Prozent über dem Vorjahresstand, d.h. für eine DM bekam der Importeur – alle anderen Faktoren gleichgesetzt – 9 Prozent mehr ausländische Waren als ein Jahr zuvor. Da aber auch der Index der Rohstoffpreise im gleichen Zeitraum um etwa 9 Prozent gestiegen ist, wurde für den bundesrepublikanischen Einkäufer der Rohstoff nicht teurer. Umgekehrt: die Entwicklungsländer erhielten für ihre Exporte in die Bundesrepublik trotz Preiserhöhungen keinen Pfennig mehr als im Vorjahr. Wollten sie dafür in der Bundesrepublik ihrerseits Industriewaren einkaufen, so mußten sie die immerhin noch um 1,2 Prozent gestiegenen Exportpreise zahlen, erhielten also – betrachtet man die Sache von der güterwirtschaftlichen Seite – im Austausch für die gleiche Menge Rohstoffe eine geringere Menge Industriewaren.

Der mit diesem schlechelnden Entwertungsprozeß der Rohstofflieferungen verbundene Entlastungseffekt für die Importfirmen der Bundesrepublik wird jedoch in der Presse mit Stillschweigen übergangen, während jede Rohstoffpreiserhöhung mit Maßnahmen an die Adresse von Verbrauchern und Lohnempfängern begleitet wird.

3.5 Kämpfe der Arbeiterklasse

Auch in der Schlußphase der Tarifrunde 1976/77 entwickelten sich noch in mehreren Tarifbezirken betriebliche Aktionen und Streiks der Gewerkschaften.

Zu den ersten Streikvorbereitungen seit fast 50 Jahren kam es dabei im rheinland-pfälzischen Tarifbezirk der Chemieindustrie mit dem Schwerpunkt BASF. Während die Unternehmer versuchten, den Lohn- und Gehaltsabschluß von 7 Prozent nach Hessen und Nordrhein einheitlich in allen Bezirken durchzusetzen, konnte in Rheinland-Pfalz und hier vor allem im Großkonzern BASF (50 000 Beschäftigte) eine weitgehende Mobilisierung der Arbeiter und Angestellten erreicht werden, um dieses „Lohndiktat“ zu durchbrechen. Schon zum zweiten Verhandlungstag am 20. April, bei dem die Unternehmer ein Angebot von nur 6 Prozent vorlegten, fuhren 100 Vertrauensleute nach Mainz, um ihrer Forderung nach 9,5 Prozent Lohnerhöhung Nachdruck zu verleihen.

Als nach dem Scheitern der Verhandlungen am 9. Mai in Bad Neuenahr die Schlichtung stattfand, demonstrierten etwa 2000 Arbeiter und Angestellte vor dem Tagungsort. Nach dem Scheitern der Schlichtung konnte die betriebliche Mobilisierung gesteigert werden: am 10. Mai demonstrierten 2500 Kollegen durch das BASF-Gelände. Am 18. Mai fand eine Werksversammlung der BASF mit etwa 20 000 Teilnehmern statt, die anschließend in einem kilometerlangen Zug demonstrierten. Bei der Urabstimmung vom 23.–25. Mai sprachen sich bei einer Wahlbeteiligung von 92,1 Prozent in der BASF 83,4 Prozent für einen Streik aus.

Die BASF-Konzernleitung bereitete sich umfangreich nach den „Anti-Streik-Richtlinien“ des „Arbeitsringes Chemie“ auf den möglichen Arbeitskampf vor: Es wurden Streikbrecherprämien ausgesetzt, Speisevorräte für über drei Wochen angelegt und die Grenzen des BASF-Geländes mit blauer Farbe markiert. Zur weiteren Einschüchterung der Belegschaft wurden an den Werkstoren Lautsprecher, Richtmikrofone, Scheinwerfer und Kameras angebracht. Am 2. Juni demonstrierten über 1000 Kollegen gegen diese Terrormaßnahmen.

Am 31. Mai fand auf Initiative des CDU-Ministerpräsidenten Vogel in Mainz ein erstes Vermittlungsgespräch statt, ein weiteres am nächsten Tag unter Leitung des Bundesarbeitsministers Ehrenberg. Ergebnis dieser politischen Interventionen war, daß am 4. Juni erneut die Verhandlungen aufgenommen werden sollten. Am 3. Juni unterstrichen 10 000 Beschäftigte der BASF in einem Warnstreik ihre Kampfbereitschaft und ihren Willen, das Lohndiktat der Unternehmer zu durchbrechen.

Am 5. Juni einigten sich jedoch IG Chemie und Unternehmerverband auf einen Kompromiß: 7 Prozent Lohn- und Gehaltserhöhung ab Mai und 165 DM für den Monat April (für BASF 175 DM). Nach Angaben der IG Chemie beträgt das Volumen dieser Erhöhung 7,24 Prozent. Nach Ansicht vieler Gewerkschafter war damit keineswegs das Ziel, die Lohnmarke von 7 Prozent sichtbar zu durchbrechen, erreicht worden, zumal in keiner Weise die deutlich gewordene Kampfbereitschaft ausgeschöpft worden war. An der Urabstimmung am 7. und 8. Juni beteiligten sich lediglich 63 Prozent der Mitglieder, von denen nur 62,4 Prozent dem Ergebnis zustimmten. Dies bedeutete, daß insgesamt nur 40 Prozent der Gewerkschaftsmitglieder den Kompromiß akzeptierten.

Auch in anderen Industriebereichen kam es oft erst nach zahlreichen Warnstreiks und zum Teil längeren Arbeitskämpfen zu Tarifabschlüssen. In den ersten Wochen des Mai fanden in über 100 Betrieben der Textilindustrie Nordrhein-Westfalens Warnstreiks statt. Höhepunkt war eine Kundgebung mehrerer Hundert Textilarbeiter in Wuppertal am 14. Mai. Am 18. Mai wurde für rund 170 000 Beschäftigte der Bezirke Nordrhein und Baden-Württemberg eine Lohnerhöhung von 6,8 Prozent und die Verlängerung des Urlaubs um einen Tag vereinbart.

Nach zweiwöchigen Schwerpunktstreiks konnten die 40 000 Heizungs- und Sanitärarbeiter der Tarifgebiete Nordwürttemberg/Nordbaden und Südwürttemberg/Hohenzollern im Mai Lohn- und Gehaltserhöhungen um 6,9 Prozent durchsetzen.

Nach Streiks in drei Brauereien schloß im Juni die Gewerkschaft Nahrung, Genuß, Gaststätten mit den Mittelstandsbrauereien Ba-

ren-Württembergs Lohn- und Gehaltserhöhungen um monatlich 103 DM für 11 Monate und einmalig um 128 DM ab.

Nach drei Wochen Streik erreichten die 1500 Steinbrucharbeiter in Bayern eine Erhöhung des Lohnes um 6,9 Prozent und des Gehaltes um 6,5 Prozent.

Um die Frage der Anrechnung des Tarifabschlusses auf die übertariflichen Zulagen entwickelte sich in Bremen beim „Weser-Kurier“ und den „Bremer Nachrichten“ der bisher längste Zeitungsstreik der bundesdeutschen Geschichte von insgesamt 3 Wochen. Ende Mai hatte der Verleger der beiden Zeitungen, Hermann Rudolf Meyer, die seit dem 1. April gültige Tariferhöhung von 6,6 Prozent bei 19 Redakteuren und 81 Angestellten ganz oder teilweise auf die übertariflichen Zulagen angerechnet. Eine Belegschaftsversammlung forderte am 2. Juni die sofortige Rücknahme der Streichungen, eine haustarifliche Festschreibung der Zulagen und zusätzliche 30 DM mehr für jeden Beschäftigten.

Während eine Delegation die Verhandlungen mit Meyer aufnehmen sollte, warteten die Kollegen geschlossen im Pausenraum. Daraufhin verhängte Meyer eine dreitägige Aussperrung. Die Belegschaft antwortete mit einer Protestdemonstration, an der rund 1000 Menschen teilnahmen. Nach Ablauf der Aussperrung traten die Beschäftigten der beiden Zeitungen in den Streik. Die geschlossene Reaktion der Belegschaft war gleichzeitig eine Antwort auf den extremen „Herr-im-Hause“-Standpunkt des Zeitungsmonopolisten Meyer, der zu einem ständig angespannten Betriebsklima geführt hatte.

Auch die Vermittlungsversuche des 2. IG Druck-Vorsitzenden Ferlemann und des Bremer Bürgermeisters Koschnick (SPD) bringen keine Ergebnisse. Aus dem gesamten Bundesgebiet und auch dem Ausland treffen Solidaritätsschreiben und -spenden ein. Am 15. Juni scheint die Bewegung an einem Tiefpunkt zu sein: Mit nur 8 Stimmen Mehrheit spricht sich die Belegschaftsversammlung für die Weiterführung des Streiks aus. Doch die Krise wird vom Vertrauensleutekörper überwunden. Am 21. Juni macht eine Demonstration von 2000 Menschen erneut die Kampfbereitschaft deutlich. Am 22. Juni wird ein Verhandlungsangebot Meyers mit 175 zu 135 Stimmen akzeptiert. Danach wird die Kürzung der übertariflichen Zulagen ausgesetzt, und es finden unter Mitwirkung des Betriebsrates über jeden einzelnen Fall Verhandlungen statt. Das Ergebnis des Kampfes bedeutet, daß die Zulagen nicht länger, wie der Betriebsratsvorsitzende Kammerin resümiert, die „alleinige Spielwiese des Unternehmers“ sind. In diesem Bereich gibt es bislang kein gesetzliches Mitbestimmungsrecht des Betriebsrates. Insofern besitzt der Bremer Erfolg eine weitreichende Bedeutung. Die gewerblichen Beschäftigten hatten schon im vergangenen Jahr nach dem Druckerstreik in einem dreitägigen Arbeitskampf gegen die Anrechnung der Tariferhöhung auf die Zulagen kämpfen müssen. In diesem Konflikt standen sie gemeinsam mit den Angestellten und Redakteuren in einer Streikfront. Der Bremer Zeitungsstreik ist deshalb auch ein Beispiel für die Möglichkeit der Überwindung der traditionellen Kluft zwischen Arbeitern und Angestellten.

3.6 Arbeitslosigkeit

Das statistische Bundesamt hat infolge von Verzögerungen bei der bereits erwähnten Umstellung der Industriestatistik bis jetzt noch keine Daten über die Entwicklung der Beschäftigung im Jahre 1977 vorgelegt. Nach Schätzungen haben sich gegenüber dem Vorjahr allerdings nur wenige Änderungen ergeben: Einer deutlichen Abnahme der Zahl der Selbstständigen und mithelfenden Familienangehörigen steht nur eine leichte Zunahme bei den abhängig Beschäftigten gegenüber, die sich zudem allein im Dienstleistungsbereich vollzogen hat. Die Beschäftigung im produzierenden Sektor, d.h. vor allem in der Industrie, hat bestenfalls stagniert.

Diesen relativ geringfügigen Veränderungen

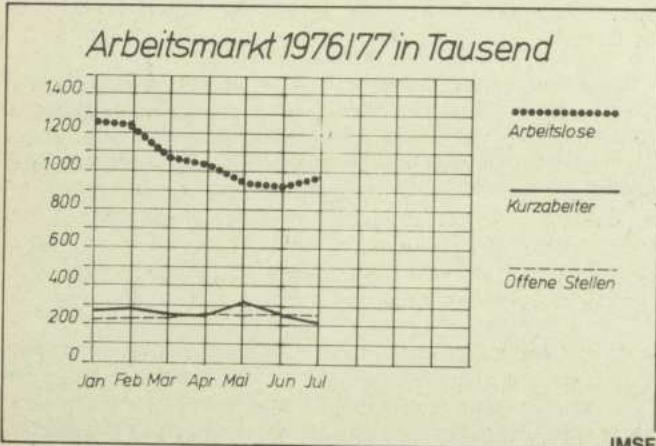
Arbeitsmarkt

	Arbeitslose (1)	Kurzarbeiter (1)	offene Stellen (1)	Arbeitslose saisonbereinigt
	(2)	(2)	(2)	
Januar	1249	-102	269	-474
Februar	1214	-133	281	-212
März	1084	-106	258	-243
April	1039	-55	241	-115
Mai	946	-7	317	+67
Juni	931	+10	256	+38
Juli	973	+28	210	+127
				-19
				-19

(1) In 1000; (2) Veränderung in 1000 gegenüber dem Vorjahr

1 Im ersten Vierteljahr

(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, 7/77, S. 5 und 65*; Bulletin der Bundesregierung Nr. 78/1977, S. 745)



Die strukturellen Merkmale der Arbeitslosigkeit weisen auf eine Verschiebung zuungunsten des Dienstleistungsgewerbes hin. Immer mehr Arbeitslose kommen aus diesem Bereich.

Gleichzeitig wächst der Anteil der Erwerbslosen, die erstmals ins Berufsleben eingetreten sind, vor allem der Schulabgänger. Im Mai 1977 zählten dazu 132 000 Arbeitslose.

Strukturmerkmale der Arbeitslosigkeit im Mai 1977

	Mai 1975		Mai 1976		Mai 1977	
	1000	% ¹	1000	%	1000	%
Arbeitslose						
insgesamt	1018	100	954	100	947	100
darunter:						
Männer	593	58,3	499	52,4	465	49,1
Frauen	425	41,7	454	47,6	482	50,9
Deutsche	850	83,6	852	89,3	858	90,6
Ausländer	167	16,4	102	10,7	89	9,4
Arbeiter	732	71,9	597	62,6	569	60,1
Angestellte	286	28,1	357	37,4	378	39,9

¹ Anteil in Prozent

(Quelle: Strukturuntersuchung der Bundesanstalt für Arbeit vom Mai 1977, Presseinformation Nr. 5/77)

Das zeigt sich auch im Anstieg der Zahl der jugendlichen Arbeitslosen. Infolge des Schulentlassungstermins wuchs sie im Juli 1977 sprunghaft an, überstieg aber auch den entsprechenden Vorjahresstand.

Arbeitslose nach Altersgruppen

	Mai 1975		Mai 1976		Mai 1977	
	1000	% ¹	1000	%	1000	%
unter 20	86	8,5	83	8,7	86	9,1
20-25	168	16,4	156	16,5	161	17,0
25-30	157	15,4	145	15,2	146	15,4
30-35	125	12,3	104	10,9	98	10,3
35-55	377	37,0	356	37,4	347	36,7
55-60	49	4,8	59	6,1	71	7,5
über 60	57	5,6	50	5,2	38	4,0

¹ Anteil in %
(Quelle: ebd.)

Gleichzeitig ist auch in der Altersgruppe zwischen 55 und 60 Jahren ein starker Anstieg der Arbeitslosigkeit zu verzeichnen. Das hängt vor allem mit der Verschärfung der Anforderungen zusammen, die seitens der Unternehmer an die Beschäftigten gestellt werden: In „olympiareifen“ Belegschaften scheinen ältere Arbeiter oder Angestellte zu stören. Das zeigt sich auch bei den Stellenanforderungen: Im Mai hatten 39,1 Prozent der gemeldeten „offenen Stellen“ eine Höchstaltersbegrenzung, davon etwa drei Viertel bis höchstens 45 Jahren. Andererseits hatten 35,8 Prozent eine Mindestalterbeschränkung, davon fast drei Fünftel bei 20 Jahren. Die Bundesanstalt für Arbeit stellte in ihrer Strukturuntersuchung fest: „Insgesamt gesehen sind die Anforderungen von Firmen und Verwaltungen an die allgemeine und berufliche Qualifikation von Arbeitnehmern (...) im Vergleich zu der Zeit eines hohen Beschäftigungsstandes erheblich gestiegen“ (BfA, Presseinformation 50/77). Das ist auch der Hintergrund der Unternehmerbehauptungen über die angebliche „Unbesetzbarekeit“ offener Stellen: es gibt genügend Arbeitssuchende. Diese aber entsprechen nicht den übersteigerten Anforderungen der Unternehmen.

Daher auch die Unternehmer-Vorwürfe an die Arbeitsämter: „Die schicken uns ohnehin nur den Schrott, den sie nicht loswerden“ (Rolf Atzenroth, Möbelfabrik Atzenroth in Remagen, zit. in: Wirtschaftswoche 32/77, S. 14). Leute über 45 Jahren, unter 20 Jahren, mit (im Arbeitsleben zugezogenen) „gesundheitlichen Einschränkungen“: für die Unternehmer unbrauchbarer „Schrott“, der auch noch der Arbeitsunwilligkeit verdächtigt wird.

Auch wenn nach wie vor die Arbeitslosigkeit vor allem Beschäftigte ohne abgeschlossene Berufsausbildung bedroht, steigt doch auch die Zahl der qualifizierten Arbeitslosen.

Arbeitslose nach Qualifikation

	Mai 1975		Mai 1976		Mai 1977	
	1000	% ¹	1000	%	1000	%
Mit abgeschlossener Berufsausbildung	394	38,7	429	45,0	432	45,6
darunter:						
Akademiker ²	25	2,5	33	3,4	40	4,2
Ohne abgeschlossene Berufsausbildung	624	61,3	525	55,0	514	54,4

¹ Anteil in Prozent; ² Absolventen von Fachhochschule und Hochschule
(Quelle: ebd.)

Schließlich ist auch hinsichtlich der Dauer der Arbeitslosigkeit ein Differenzierungsprozeß auf dem Arbeitsmarkt festzustellen.

Einerseits ist der Wechsel auf dem Arbeitsmarkt sehr lebhaft. 1976 wurden jeweils mehr als 5 Millionen Personen entlassen und eingestellt.

Arbeitslose nach Dauer der Arbeitslosigkeit

	Mai 1975		Mai 1976		Mai 1977	
	1000	% ¹	1000	%	1000	%
1 bis 6 Monate	692	58,0	527	45,3	551	58,2
6-12 Monate	255	25,0	266	27,9	224	23,7
1-2 Jahre	60	5,9	130	13,6	113	11,9
über 2 Jahre	11	1,1	30	3,2	59	6,2

¹ Anteil in %
(Quelle: ebd.)

Gleichzeitig aber wächst der Anteil der Dauerarbeitslosen, die vollständig vom Arbeitsmarkt verdrängt werden. Immerhin waren im Mai schon mehr als 170 000 Arbeiter und Angestellte länger als 1 Jahr arbeitslos, mehr als doppelt so viele wie 2 Jahre zuvor.

Herausgeber: Institut für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF), Liebigstraße 6, 6000 Frankfurt am Main
Verfasser: Dr. Jörg Goldberg, 5000 Köln, und Klaus Pickhaus, 3550 Marburg
Abschlußtermin dieses Berichts: 21. 8. 1977 – Nachdruck nur auszugsweise mit Quellenangabe gestattet.

Erscheint in der NACHRICHTEN-Verlags-GmbH, Glauburgstraße 66, Postfach 180372, 6000 Frankfurt am Main; für Abonnenten der Monatszeitschrift NACHRICHTEN als Beilage im Abonnementpreis von 25,- DM (zuzügl. 3,20 DM Zustellgebühr) enthalten. Erscheinungsweise vierteljährlich im März, Juni, September und Dezember. Einzelpreis 1,75 DM. Jahresabonnement 7,- DM (zusätzlich 1,20 DM Zustellgebühr).

Druck: Plambeck & Co Druck und Verlag GmbH, Xantener Straße 7, 4040 Neuss.